



Pressemitteilung

Nr. 08

München, 24.02.2021

**Bayerischer Lehrer- und
Lehrerinnenverband e.V.**

Pressereferat

Bavariaring 37
80336 München
Postfach 15 02 09

Tel. 089/721001-28
Fax 089/721001-55
Pressereferat@bliv.de
www.bliv.de/presse

Pressereferentin:
Eva Kirchesch

Jetzt umgehend Vorlage umsetzen – BLLV unterstützt Vorhaben der Staatsregierung für Planungen zum Islamischen Unterricht

München – Nach den vielen Jahren, in denen der Modellversuch „Islamischer Unterricht“ immer wieder verlängert wurde, schlägt die Staatsregierung nun endlich die Schaffung eines eigenen Unterrichtsfaches vor. Diesen wichtigen Schritt begrüßt der BLLV. Für die muslimischen Schülerinnen und Schüler ist ein Angebot, sich mit der eigenen Religion in der Schule auseinandersetzen zu können, überfällig.

„Es ist gut, dass den muslimischen Schülerinnen und Schülern ein Angebot gemacht wird, das sie mit ihrer religiösen Identität ernst nimmt“, betont BLLV-Präsidentin Simone Fleischmann. „Der Modellversuch wurde gut angenommen und auch sehr positiv evaluiert. Jetzt gilt es, an diesen Erfolg anzuknüpfen und allen ein Angebot zu machen, die es wollen. Der BLLV und ich haben seit Jahren dafür geworben, dass der Unterricht kommt. Dass die Regierung jetzt liefert, ist positiv“, so Fleischmann.

Bei allen Punkten, die es jetzt im Gesetzgebungsverfahren noch zu klären gibt, zeigt sich die BLLV-Präsidentin froh, dass sich der Einsatz für einen Islamunterricht nun mit der Einführung eines Wahlpflichtfaches auszahlt. „Auch für die eingesetzten Lehrkräfte freut es mich. Diese haben den Modellversuch mit befristeten Verträgen gestemmt. Jetzt gilt es, wie von der Regierung angekündigt, möglichst viele von ihnen zu entfristen.“ Dass das Angebot für den Islamischen Unterricht in einer „Einführungsphase“ nur an 350 Standorten gilt und damit an ähnlich vielen wie bereits im Modellversuch, sieht Simone Fleischmann hingegen kritisch: „Es war immer von einem flächendeckenden bedarfsorientierten Fach die Rede. Jetzt müssen viele, die den Bedarf haben, wohl weiter warten.“ Nun heißt es aber trotzdem, im Verfahren keine Zeit zu verlieren, damit wenigstens die Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und Schulleiter, bei denen es den Modellversuch bereits gibt, in dieser Frage Planungssicherheit für das kommende Schuljahr haben. Alle anderen müssen wohl weiter warten.



„Mit einer flächendeckenden Einführung signalisieren wir den muslimischen Schülerinnen und Schülern, dass sie in der Schule auch ihre religiöse Heimat wiederfinden. Wenn wir als Gesellschaft jungen Menschen das Gefühl geben, dass wir sie abholen, beugt das auch einer Abwendung von dieser Gesellschaft vor – und somit auch der Radikalisierung.“ Die Einführung des Wahlpflichtfaches, wie es die Regierung anstrebt, sei dafür ein wichtiger Baustein, es müsse aber für alle angeboten werden, erklärte Simone Fleischmann.